

Bernhard Hauptert · Susanne Maurer
Sigrid Schilling · Franz Schultheis (Hrsg.)

Soziale Arbeit
in Gesellschaft.
Teil der Lösung—
Teil des Problems?



PETER LANG

Bern · Berlin · Bruxelles · Frankfurt am Main · New York · Oxford · Wien

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Umschlaggestaltung: Thomas Grütter, Peter Lang AG

ISBN (br.) 978-3-0343-1178-6 ISBN (eBook) 978-3-0351-0402-8

© Peter Lang AG, Internationaler Verlag der Wissenschaften, Bern 2012
Hochfeldstrasse 32, CH-3012 Bern, Schweiz
info@peterlang.com, www.peterlang.com

Alle Rechte vorbehalten.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.

Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar.

Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Printed in Switzerland

Inhalt

BERNHARD HAUPERT / SUSANNE MAURER / SIGRID SCHILLING / FRANZ SCHULTHEIS Einleitung	7
FRANZ SCHULTHEIS Gesellschaft mit begrenzter Haftung: Sozialer Wandel aus dem Blickwinkel einer Gesellschaftsdiagnose „von unten“	11
KURT WYSS Wenn „Integrationsmassnahmen“ der Sozialhilfe ausgrenzen. Zur gesellschaftlichen Doppelfunktion von <i>Workfare</i>	33
UELI MÄDER Soziale Arbeit im Kontext wirtschaftlicher Definitionsmacht ..	55
CHRISTOPH BUTTERWEGGE Armut – eine zentrale Herausforderung der Sozialen Arbeit im reformierten Wohlfahrtsstaat	67
PATRICK OEHLER / STEPHANIE WEISS Partizipation in sich verändernden Planungsprozessen: Handlungsfelder für die Soziale Arbeit in der Stadt- und Quartiersentwicklung	97
SUSANNE MAURER Soziale Arbeit als Regierungskunst? Zur Bedeutung einer machtanalytischen Perspektive in der Sozialen Arbeit	113

BERNHARD HAUPERT

Soziale Arbeit und Theorie Sozialer Probleme.

Der Medea-Mythos und die Verantwortungslosigkeit
der gesellschaftlichen Eliten 133

TIMM KUNSTREICH

Partizipation im Dialog – Einiges von dem, was wir
von Martin Buber und Paulo Freire lernen können 159

BERNHARD HAUPERT / INGO SCHENK

Aktuelle Jugendarbeit auf Abwegen
oder pädagogischen Irrwegen?
Oder vom Trainings- und Kompetenzparadigma 187

BERNHARD HAUPERT / SUSANNE MAURER /

SIGRID SCHILLING / FRANZ SCHULTHEIS
Resümee 213

Autorinnen und Autoren 217

Soziale Arbeit im Kontext wirtschaftlicher Definitionsmacht

Ueli Mäder

Soziale Arbeit ist eine Wissenschaft und eine Profession. Sie orientiert sich an der Theorie und an der Praxis; und sie versucht, soziale Fragen zu erklären und zu verstehen. Soziale Arbeit hilft, soziale Probleme zu bewältigen. Dieses Bestreben impliziert normative Vorgaben, welche mitbestimmen, was Probleme und Lösungen definiert. Je nach Sicht weichen die Vorstellungen erheblich voneinander ab. Zum einen innerhalb der Sozialen Arbeit, zum anderen zwischen der sozialen Arbeit und wirtschaftlichen Kreisen. An dieser Schnittstelle streiten sich die Geister besonders. Hinter dem Zwist verbergen sich unterschiedliche Interessen und Werte. Auch Machtansprüche, die begriffliche und gesellschaftliche Konzepte prägen. Definitionen sind jedenfalls keine Wahrheiten. Sie dienen dazu, sich sozialen Realitäten anzunähern. Definitionen sind nicht wertneutral und schon gar nicht selbsterklärend. Was Soziale Arbeit bedeutet, ist eine Frage der Haltung und der Definitionsmacht.

Selbstverständnis

Soziale Arbeit ist „nicht oberflächenhafte Symptomkurierung, sondern Ent-Deckung ist ihr Geschäft“, schrieb mir Franz Hochstrasser (Mäder, 2006, 203) einst. Der Autor des Buches „Konsumismus und Soziale Arbeit“ (1995) antwortete auf meine Frage, was er unter kritischer Sozialer Arbeit verstehe. Soziale Arbeit widersetzt sich, so Hochstrasser, methodisch-technologischen Verkürzungen, wie sie, den Bewegungen von Moden gleich, in grosser Vielfalt auf den

(Sozial-)Markt gelangen. Sie wehrt sich gegen die Ökonomisierung ihrer selbst, die nicht nur legitimen Ansprüchen an die Effektivität, sondern auch neoliberaler Individualisierungsstrategie entspringt. Und vor allem ist sie sich ihrer kritischen Anlage selber bewusst und transportiert dieses Bewusstsein offensiv an die Öffentlichkeit.

Silvia Staub-Bernasconi (2003, 277) definiert die Soziale Arbeit als Disziplin und Menschenrechts-Profession. Soziale Arbeit reflektiert soziale Probleme, Handlungsfelder und Systeme. Als Handlungstheorie entwickelt sie wissenschaftsbasierte Arbeitsweisen und Verfahren zur Linderung und Lösung sozialer Probleme. Staub-Bernasconi wehrt sich gegen die „Fast-Food-Variante der Sozialen Arbeit“ (2005, 4) und bezieht sich auf deren doppeltes Mandat. Sie meint damit einerseits die persönliche Verantwortlichkeit gegenüber den sozial Benachteiligten und andererseits die politische Verpflichtung gegenüber dem Gemeinwesen. In der Praxis laufen Organisationen Gefahr, gegeneinander ausgespielt zu werden – beispielsweise wenn Regierungen und Behörden individualisierte Ansätze als bequemer und förderungswürdiger erachten.

Für Silvia Staub-Bernasconi hat die Soziale Arbeit auch ein drittes Mandat. Dieses beinhaltet wissenschaftsbegründete Arbeitsweisen. Dazu gehört ein bewusster Umgang mit begrifflichen Konzepten und Machtfragen, die sich in Definitionen dokumentieren. Die Methoden orientieren sich zudem an einem Berufskodex, der die Menschenrechte und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen berücksichtigt. Individuelle Probleme sind auch strukturbedingt und im Kontext herrschaftlicher Strukturen zu analysieren.

Klassismus

Der Unternehmer und SVP-Politiker Christoph Blocher benutzte den Begriff „Scheininvalid“ als politisches Kampfmittel. Er verhalf diesem Unwort so zu hoher Popularität (TA, 13.6.2003). Dass ausgerechnet ein Milliardär in der Schweiz diesen Diskurs anzet-

telte, mag erstaunen. Er schürte zusätzliches Misstrauen gegenüber sozial Benachteiligten, wie Ganga Jey Aratnam (Mäder et al., 2010, 387 ff.) weiter ausführt, auf den ich mich hier beziehe. Christoph Blocher bedient vorhandene Ressentiments mit Häme. So kommen Gefühle der Überlegenheit auf. Sie wirken wie Balsam auf verletzte Seelen. Und sie vergrössern den fein ausgrenzenden Abstand zu Benachteiligten. Vielleicht auch bei Mister Schweiz 2010? Wo man ihn abends garantiert nicht antreffe, fragte das *Migros Magazin* den Schönsten im Lande. „In der Luzerner Gassenküche beim Servieren“, lautete seine Antwort (*Migros Magazin*, 21.6.2010).

Ganga Jey Aratnam (ebd.) geht auch darauf ein, wie Demütigung und Ausgrenzung System haben. Oft wird eine ganze Klasse von Menschen schlechtgemacht, die zu den unteren Einkommenschichten gehören. Diese Form der Benachteiligung ist eine Art von Klassismus. Damit ist eine Diskriminierung von Menschengruppen aufgrund ihrer sozialen Herkunft gemeint. Der Klassismus manifestiert sich auch in Argumenten, die Menschen schablonisieren und in ihrer Integrität verletzen. Das Muster ist einfach: Die einen erheben sich über andere. Das kann auch ideell geschehen, nicht nur materiell. Erstaunlich ist bloss, dass das so gut funktioniert: zwischen Menschen, sozialen Gruppen und selbst in staatlichen Konzepten, die soziale Unterschiede ideologisch bewirtschaften.

Akzeptanz der Diskrepanz

Die Akzeptanz grosser Unterschiede beruht auf der Hoffnung vieler Menschen, sie könnten eines Tages selbst zu Reichtum kommen. Reichtum gilt ihnen als erstrebenswert. Politik und Medien verbreiten die Vorstellung, dass alle ihres eigenen Glückes Schmied sind und aufsteigen können, wenn sie sich nur genug Mühe geben. Wo ein Wille ist, scheint immer ein Weg zu sein. Und wer den

Aufstieg schafft, kann sich vornehmlich auf die eigenen Schultern klopfen. So spielt auch der Mythos der vorbildlichen Leistungsbereitschaft der Reichen eine wichtige Rolle. Zudem geben viele Privilegierte immer wieder zu verstehen, dass Leistungsschwache quasi selber schuld an ihrer Situation seien.

Gegen Rassismus existieren Gesetze. Sexismus wird von der Bundesverfassung ebenfalls angeprangert. Gegen die Herabsetzung von Menschen aufgrund ihrer sozialen und wirtschaftlichen Lage jedoch gibt es keine gesetzliche Handhabe. Laut Aratnam (ebd.) weist die Politik des „schlanken Staates“ ebenfalls eine Tendenz zum Klassismus auf. Die Sparmassnahmen treffen hauptsächlich sozial Benachteiligte und „untere Schichten“, die über wenig Einkommen und kein Vermögen verfügen. Auch Kritiken, die behaupten, der Sozialstaat mache die Menschen nur abhängig, fördern die Akzeptanz der Diskrepanz. Und sie behindern eine Umverteilung, welche die Lebensbedingungen breiter Bevölkerungskreise verbessern könnte.

Wichtig ist daher, wer die erheblichen sozialen Unterschiede auf welche Art und Weise diskutiert oder sogar legitimiert. Wichtig ist auch, wie der Staat auf die jüngste Finanz- und Wirtschaftskrise reagiert. Wenn er strukturelle Arbeitslosigkeit zulässt und soziale Infrastruktur abbaut, gedeiht ein Nährboden für Fremdenfeindlichkeit. Der Abbau staatlicher (Dienst-)Leistungen führt dann dazu, dass sich sozial Benachteiligte gegenseitig bekämpfen. Um dies zu verhindern, sind materielle und soziale Sicherheiten sowie kulturelle und persönliche Freiheiten nötig. Dabei geht es nicht darum, das eine gegen das andere auszuspielen. Sicherheit und Freiheit bedingen sich gegenseitig. Im gängigen Diskurs verschiebt sich das Augenmerk allerdings etwas beliebig von gesellschaftlichen Rahmenbedingungen auf scheinbar individuelle Möglichkeiten. Diese Entwicklung vollzieht sich auch in Teilen der Sozialen Arbeit.

Diskurswandel

Ein Diskurswandel ist vor allem bezüglich gesellschaftlicher Gegensätze feststellbar. Bei der sozialen Ungleichheit geht es um die Verteilung von Wohlstand, Ansehen und Macht. Was einst als Grundwiderspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung galt, wird heute selbst in der Sozialen Arbeit eher selten thematisiert. Der Blick hat sich von der vertikalen Ebene, bei der es noch ein oben und unten gab, auf die horizontale Ebene verlagert (Geissler, 2002, 537). Laut Gerhard Schulze (2000) hat beispielsweise das Streben nach Glück die Sorge um das Materielle abgelöst. Das erlebnisorientierte Denken ersetzt das an Produkten orientierte. Der Alltag verkommt so zur Lebensbühne und Verlängerung der Innenwelt. Symbolwelten scheinen frei wählbar zu sein. Aber die sozialen Gegensätze und Klassen sind nicht verschwunden.

Modelle sozialer Milieus fokussieren auf Parameter wie Lebensanschauung, Lebensstil und Wertorientierung. Diese Lageanalysen weisen gewiss auf wichtige soziale Differenzierungen hin. Sie lassen jedoch die gesellschaftlichen Gegensätze ausser Acht, an der sich eine kritische Soziale Arbeit orientieren sollte, die widerständig und konstruktiv ist und wahrnimmt, wie sich soziale Gegensätze im Kontext der Finanz- und Wirtschaftskrise weiter verschärfen. Dies vor allem bei den verfügbaren Einkommen und den privaten Vermögen.

Ein ähnlicher Diskurswandel lässt sich auch in der Friedens- und Kooperationsforschung feststellen, die ebenfalls im Rahmen der Sozialen Arbeit betrieben wird. Ältere Konfliktanalysen betonen beispielsweise historische und gesellschaftliche Hintergründe. Neuere Ansätze vernachlässigen ursächliche Zusammenhänge und Verteilungsfragen. Sie konzentrieren sich mehr darauf, Konflikt-dynamiken zu dekonstruieren und nochmals zu dekonstruieren. Und sie favorisieren oft einen (eher radikalen) Konstruktivismus, der das Relative stark betont. Dazu gehören auch fundamentale

Kritiken an der Kritischen Theorie, die angeblich *passé* sei (Fischer/Sahm, 2005, 49 ff.). Neuere Kritiken an der Kritischen Theorie wollen „normativ aufgeladene Begriffe von emanzipatorischen Inhalten befreien“. Sie interessieren sich mehr für scheinbar zufällige, situative Dynamiken denn für gründliche Erklärungsversuche, die angeblich kaum mehr möglich (und erstrebenswert) seien.

Umverteilung und persönliche Entfaltung

Der erwähnte Diskurs über „Scheininvalide“ und „Sozialschmarotzer“ zeigt auch, wie ungenügend eine Politik sein kann, die Ungleichheit lediglich mit Umverteilung bekämpfen will. So richtet sich die Philosophin Nancy Fraser (2001) gegen eine Umverteilungspolitik, die „Arme und Bedürftige“ zu reinen Hilfsempfängenden macht. Denn eine solche Politik, kritisiert Fraser, bestätige das bestehende Gefüge. Sie zementiere soziale Ungleichheit, bevorzuge die Abhängigen und erhöhe die Gefahr, dass Arme als „unersättliche Schmarotzer“ dargestellt und gesehen würden.

Fraser plädiert für transformative Massnahmen, bei der eine Neustrukturierung der zugrunde liegenden Verhältnisse angestrebt wird, um die ungerechten Folgewirkungen zu beheben (Fraser, 2001, 47). Schritte in diese Richtung sind Mindest- und Maximallöhne sowie progressive Steuern. Viele Privilegierte wollen hingegen die Steuerprogression abschwächen. Einzelne plädieren sogar dafür, keine direkten Steuern auf Einkommen und Vermögen zu erheben. Sie argumentieren volkswirtschaftlich mit Wohlstandsverlusten: Steuern würden die Nachfrage oder das Angebot künstlich verknappten, also die Marktkräfte schwächen und das Wachstum dämpfen. So lautet ein wirtschaftlich orientierter Versuch, die Macht der Definition sprechen zu lassen.

Wenn hingegen alle am gemeinsam erwirtschafteten Erlös teilhaben, dann stärken Solidarität und soziale Sicherheit die Zuversicht und Entfaltungsmöglichkeiten der Individuen. Wobei Wohl-

stand für alle nicht einfach darauf abzielt, dass möglichst viele ähnlich wie ein Ingvar Kamprad oder eine Gigi Oeri leben können. Dies ist weder realisierbar noch erstrebenswert. Es ist viel wichtiger, allen ein gutes Leben zu ermöglichen. Es geht nicht um Gleichmacherei, sondern um persönliche Freiheit und Selbstbestimmung. Und damit auch um soziale Sicherheit! Denn Handlungs- und Entfaltungsmöglichkeiten sind wesentlich durch sozioökonomische Verhältnisse mitbedingt.

Verkehrte Welt

Wenn sich die Soziale Arbeit heute für Mindestlöhne engagiert, setzt sie sich gleich dem Vorwurf aus, Arbeitsplätze zu vernichten. Diese wiederum aus Wirtschaftskreisen stammende Argumentation spielt auch in der Vermögensdebatte mit. Wer als Sozialarbeiterin oder als Sozialarbeiter eine minimale Vermögenssteuer fordert, wird gleich bezichtigt, mit einer Reichtumssteuer die Kapitalflucht anzukurbeln. In Deutschland fordern beispielsweise Gewerkschaften einen Mindestlohn von 7,5 Euro. 11% der Arbeitnehmenden in den alten Bundesländern und 21% der Arbeitnehmenden in den neuen Bundesländern verdienen weniger (NZZ, 16.4.2009) Aber das ist laut NZZ nicht das Problem. Das Problem sei vielmehr die geforderte Lohnerhöhung. Die Gewerkschaften gefährdeten mit ihrer überrissenen Forderung diese billigen Arbeitsplätze. Die ebenfalls geforderte minimale Vermögenssteuer bezeichnet die NZZ (ebd.) sogar als eine populistische Neidsteuer, die als Reichtumssteuer die Steuerhinterziehung fördere. Hier kommt eine Definitionsmacht ins Spiel, die (wirtschafts-)ideologischen Zwecken dient. Das Thematisieren der zunehmenden sozialen Ungleichheit provoziert offenbar eine Abwehr, die vielfach bereits präventiv daherkommt.

Nach offiziellen Angaben gibt es in der Schweiz derzeit 240 000 Sozialhilfeabhängige sowie 180 000 Erwerbslose und Jugendliche,

die keine Stelle haben. Hinzu kommen gegen 200 000 erwerbstätige Arme. Zu diesen *Working Poor* gehört, wer mindestens 90 Prozent erwerbstätig ist und weniger Lohn erhält, als das Existenzminimum ausmacht. Aber was ist mit den Kindern und weiteren Familienangehörigen in diesen Haushalten der *Working Poor*? Werden sie ebenfalls mitberücksichtigt, sind bereits mehr als doppelt so viele Betroffene zu zählen. Hinzu kommen dann noch die alleinerziehenden Mütter, die aufgrund ihrer Betreuungspflichten weniger als 90 Prozent Lohnarbeit verrichten und daher statistisch nicht als *Working Poor* gelten. Werden sie ebenfalls einbezogen, dann leben schon fast eine halbe Million Menschen in *Working-Poor*-Verhältnissen. Und dies bei einer Bevölkerung von 7,8 Millionen Personen. Die Schweiz verharmlost diese Armut und definiert sie teilweise einfach weg. Aber einer Gesellschaft geht es doch gut, wenn es möglichst allen gut geht. Und das ist auch in der reichen Schweiz nicht der Fall. Viele sozial Benachteiligte meinen allerdings, ihre missliche Lage selber verschuldet zu haben. Sie sagen, sie hätten halt in der Schule besser aufpassen müssen, dann stünden sie heute auch besser da. Zudem fühlen sie sich für die Sozialausgaben verantwortlich; wobei diese im internationalen Vergleich relativ niedrig sind: sie steigen zwar in absoluten Zahlen, sinken jedoch im Verhältnis zum wachsenden Sozialprodukt seit dem Jahr 2005 (BSV, 2010).¹ Dieser Sachverhalt ist auch etlichen in der Sozialarbeit Tätigen nicht bekannt. Sie überlassen den Wirtschaftsverbänden viel Definitionsmacht, anstatt

1 „Die Finanzen der Sozialversicherungen haben sich auch 2008 erfreulich entwickelt“, schreibt das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV, 2010, 1). „Die Einnahmen sind mit 3,4% stärker gestiegen als die Ausgaben (2,7%). Seit nunmehr vier Jahren übertrifft die ZWR der Einnahmen diejenigen der Ausgaben. Offensichtlich besteht eine Tendenz zur Verbesserung der Sozialversicherungshaushalte. Die Sozialleistungsquote ist 2008 auf 20,5% gefallen, nachdem sie 2005 noch 22,3% betragen hatte. Damit sind die Sozialleistungen der Schweiz zum dritten Mal in Folge weniger stark angewachsen als das Bruttoinlandprodukt.“

aufzuzeigen, wie die Sozialausgaben sich selbst finanzieren, welche hohe Wertschöpfung sie haben und dass sie wesentlich mehr rentieren als viele wirtschaftliche Investitionen. Immerhin sehen das auch einzelne Reiche. Sie warnen vor einem gefährlichen Selbstlauf der Wirtschaft und plädieren dafür, das soziale Korrektiv zu stärken.

Umdenken

Wir interviewten bei unserer Studie „Wie Reiche denken und lenken“ (Mäder et al., 2010) über hundert reiche und einflussreiche Personen. Von zwei Ausnahmen abgesehen, stellten sich alle Angefragten dem Gespräch. Ich halte dies für ein gutes Zeichen. Es ist Ausdruck der Bereitschaft, sich mit kritischen Fragen auseinanderzusetzen und eigene Haltungen transparent zu machen. Der Flugunternehmer Moritz Suter sagte mir bereits anlässlich der Terminkoordination, ich müsse ihm dann zuerst eine Viertelstunde zuhören und einen Flipchart bereitstellen. Er wolle mir seine Überlegungen so erklären, dass ich sie auch verstehe. Das Gespräch dauerte dann fast vier Stunden. Die Ausführungen und die handschriftlich angefertigten Skizzen zur Liberalisierung der Märkte und zum *Grounding* der Swissair zeugen von einem unternehmerischen Geist, der davon beseelt ist, Krisen als Chance zu nutzen. Dies im Sinne von Hermann Hesse: Damit das Mögliche entsteht, muss immer wieder das Unmögliche versucht werden. Dieser Gedanke erinnert an den Aufbruch von 1968: Die Realität ist Teil der Utopie!

Als gefährliche Realität betrachtet Daniel Vasella, Verwaltungsratspräsident der Novartis, aktuelle geopolitische Veränderungen, die eine Verschiebung der ökonomischen und militärischen Macht in Richtung Osten nach sich ziehen und auch Auswirkungen auf das Demokratieverständnis haben. Zu den grössten Herausforderungen gehören für ihn irreparable Schäden, die über Generationen hinweg angerichtet würden und deshalb kaum wahrnehmbar

seien. Vielleicht würden wir erst über Katastrophen dazu kommen, diese Probleme zu bewältigen, was aber durchaus möglich sei. Umbrüche gehörten zur Geschichte. Rolf Soiron, Verwaltungsratspräsident der Lonza und Holzim AG, setzt auf Verständigung über Gesellschaftsentwürfe und die Nachhaltigkeitsdebatte. Diese böten Chancen zum Aushandeln eines übergreifenden Konsenses. Ein intensiver philosophischer Diskurs könne das kurzfristige Denken verändern, das die Krise prägt.

Hoffnung verbreitet auch Branco Weiss. „Denn nackt bin ich zur Welt gekommen, und nackt gehe ich“, sagte der im Jahr 2010 verstorbene Zürcher Mäzen des Öfteren. Ähnlich äussert sich in unserem Gespräch die kulturell und sozial engagierte Christine Cerletti-Sarasin, die unter anderem das Basler Schauspielhaus unterstützt. Sie betont, wie wichtig das Bewusstsein der eigenen Endlichkeit sei:

Mir wurde am Totenbett von meinem Vater sehr klar: Am Schluss hat man nur noch den Körper, und auch den gibt man dann her. Das Geld nützt dann überhaupt nichts. Ich will nur sagen: Man sollte die Leute wieder zurück auf die Schiene des Wesentlichen bringen, damit sie wissen, was wirklich zählt im Leben (Mäder et al., 2010, 266).

Christine Cerletti-Sarasin spricht damit zentrale und weiterführende Fragen an: Was ist eigentlich wichtig im Leben? Geht es primär darum, dass alles immer schneller dreht? Oder worauf kommt es wirklich an? Leben ist doch mehr, als die Effizienz zu optimieren und die Vermögen zu vermehren. Dieses Bewusstsein hilft, gewiss.

Ob die Finanzkrise die Sinnfrage und die Idee der sozialen Verträglichkeit des Eigentums mehr in den Vordergrund rückt, bezweifeln indes viele der Befragten. Das dokumentieren auch die Auszüge aus über dreissig Interviews, die wir in der Studie für sich sprechen lassen. Hinzu kommt die soziale Ungleichheit. Sie nimmt bei den verfügbaren Einkommen und bei den Vermögen weiter zu. Der soziale Ausgleich lässt also in wichtigen Bereichen auf sich warten. Dies gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Der gute Wille von einzelnen Reichen ist gewiss wichtig, auch wenn er zuweilen etwas schöngefärbt wird. Entscheidend ist jedoch, dass die Existenzsicherung eine gesellschaftliche Aufgabe bleibt. Sie darf nicht von der individuellen Bereitschaft abhängen, Geld zu spenden. Gegenüber staatlichen Vereinbarungen sind allerdings viele Reiche skeptisch, obwohl ihr Reichtum auch von vielen anderen erwirtschaftet wurde und in vielen Fällen zu einem beachtlichen Teil auf Erbschaften zurückgeht. Im Jahr 2010 flossen beispielsweise von den mindestens 40 Milliarden Franken, die vererbt wurden, mehr als die Hälfte an Millionärinnen und Millionäre. Etliche Begünstigte schreiben diese zusätzliche Bereicherung der eigenen Leistung zu. Und nicht nur sie. Auch gängige Darstellungen orientieren sich an einer wirtschaftlich geprägten Definitionsmacht, die oligarchischen Prinzipien gerne einen meritokratischen Anstrich verleiht. Dies erhöht die soziale Brisanz der Verteilungsfrage, mit der sich die Soziale Arbeit intensiv auseinandersetzen muss. Der soziale Ausgleich gehört zu ihrer wesentlichen Aufgabe. Als Grundlage dienen Analysen sozialer Ungleichheiten, die gerne ausgeblendet werden. Gewiss sind neue soziale Fragen wie die Vereinzelung ebenfalls wichtig. Sie dürfen jedoch nicht dazu verleiten, gesellschaftliche Gegensätze aus den Augen zu verlieren. Die Soziale Arbeit muss strukturelle Zusammenhänge ergründen, und dazu benötigt sie Begriffe, die soziale Realitäten nicht wegdefinieren, sondern benennen und erhellen.

Literatur

- Bourdieu, Pierre (1997). *Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft*. Konstanz.
- Bundesamt für Sozialversicherungen (2010). *Schweizerische Sozialversicherungstatistik 2010*. Bern.
- Fischer, Sabine und Astrid Sahm (2005). „Friedensforschung und Normativität: Positionen der jüngeren Generationen.“ In Jahn Egbert, Sabine Fischer und Astrid Sahm (Hrsg.), *Die Zukunft des Friedens*. Bd. 2. Wiesbaden.

- Fraser, Nancy (2001). *Die halbierte Gerechtigkeit: Schlüsselbegriffe des post-industriellen Sozialstaats*. Frankfurt a. M.
- Geissler, Rainer (2002). „Facetten der modernen Sozialstruktur – Modelle und Kontroversen.“ In Victoria Jäggi, Ueli Mäder und Katja Windisch, *Entwicklung, Recht, Sozialer Wandel*. Bern.
- Hochstrasser, Franz (1995). *Konsumismus und Soziale Arbeit*. Bern.
- Mäder, Ueli (2006). Kritische Soziale Arbeit – Widerständig konstruktiv. *Widersprüche*, 100: 203–209.
- Mäder, Ueli, Ganga Jey Aratnam und Sarah Schilliger (2010). *Wie Reiche denken und lenken*. Zürich.
- Schnurr, Stefan (2005). Managerielle Deprofessionalisierung? *Neue Praxis*, 3: 238–243.
- Schulze, Gerhard (2000). *Die Erlebnisgesellschaft*. Frankfurt a. M.
- Staub-Bernasconi, Silvia (2005). Fast-Food-Variante der Sozialen Arbeit. *Zebratl*, 5: 4–6.
- Staub-Bernasconi, Silvia (2003). „Soziale Arbeit.“ In Erwin Carigiet, Ueli Mäder und Jean-Michel Bonvin, *Wörterbuch der Sozialpolitik*. Zürich.